

Francesca Albanese ist eine machtvolle Stimme der Gerechtigkeit, weshalb die Israel-Lobby versucht, sie zum Schweigen zu bringen

Israel-Lobbygruppen haben gefälschte Zitate der UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte, Francesca Albanese, verbreitet, um sie zu diffamieren. Diese verzweifelte Kampagne ist ein Beweis für Albaneses Arbeit und die Bedrohung, die sie darstellt, indem sie Israel für Völkermord zur Rechenschaft zieht.

Michael Lynk, mondoweiss.net, 24.02.26

Mark Twain und Winston Churchill sollen beide einmal gesagt haben, dass eine Lüge um die halbe Welt rasen kann, bevor die Wahrheit überhaupt die Chance hat, die Hosen anzuziehen.

„Wären diese Minister doch nur ebenso lautstark und energisch gegen einen Staat vorgegangen, der Völkermord, unrechtmäßige Besatzung und Apartheid begeht, wie sie es bei ihren Angriffen auf eine UN-Expertin getan haben. Ihre Feigheit und ihre Weigerung, Israel zur Rechenschaft zu ziehen, stehen in krassem Gegensatz zu dem unerschütterlichen Engagement der Sonderberichterstatterin, den Mächtigen die Wahrheit zu sagen.“

Agnes Callamard, Generalsekretärin,
Amnesty International

Am 7. Februar hielt Francesca Albanese, die derzeitige UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in Palästina, eine kurze Präsentation per Videokonferenz vor einem Medienforum in Doha, Katar, das vom Fernsehsender *AlJazeera* organisiert wurde. Sie war Teil einer Podiumsdiskussion, an der auch Fatou Bensouda, die ehemalige Anklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs, teilnahm und über die Rolle des Völkerrechts bei der Bekämpfung schwerer Menschenrechtsverletzungen sprach.

In ihrer Rede äußerte sich Albanese scharf zum Völkermord Israels in Gaza seit Oktober 2023. Insbesondere wies sie darauf hin, dass viele westliche Staaten und Unternehmen Israel nicht nur mit Waffen versorgt, sondern während des gesamten Völkermords auch wirtschaftlich und diplomatisch unterstützt hätten.

Sie kritisierte auch einen Großteil der westlichen Medien dafür, dass sie die Rhetorik der Apartheid und des Völkermords Israels verstärken. In ihrer Präsentation fuhr Albanese fort:

„... wenn das Völkerrecht einen schweren Schlag erlitten hat, so ist es doch auch wahr, dass die Weltgemeinschaft noch nie zuvor mit solchen Herausforderungen konfrontiert war, denen wir alle gegenüberstehen. Wir, die wir keine großen Mengen an Fi-

nanzkapital, Algorithmen und Waffen kontrollieren, erkennen nun, dass wir als Menschheit einen gemeinsamen Feind haben. Und Freiheiten, die Achtung der Grundfreiheiten, sind der letzte friedliche Weg, das letzte friedliche Instrument, das uns zur Verfügung steht, um unsere Freiheit zurückzugewinnen.“

Dies löste einen Sturm der Entrüstung aus, der ausschließlich auf Verleumdungen und Täuschungen beruhte, für etwas, das sie nie gesagt hatte. Albaneses Warnung, dass die Menschheit einem gemeinsamen Feind gegenüberstehe, richtete sich eindeutig gegen das internationale System des Finanzkapitals, große Technologiekonzerne und Waffenhersteller, die den Völkermord in Gaza ermöglicht hatten. Sie stellte dieses System den auf Rechten basierenden Grundsätzen des Völkerrechts gegenüber, die darauf abzielen, unsere persönlichen und kollektiven Freiheiten zu schützen und zu stärken.

Am nächsten Tag wurde eine manipulierte Version von Albaneses Vortrag auf der *YouTube*-Seite von *UN Watch* veröffentlicht, einer berüchtigten privaten Organisation mit Sitz in Genf, deren Daseinszweck darin besteht, die Untersuchung der Vereinten Nationen zu den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen anzuprangern, die durch die Besetzung palästinensischer Gebiete durch Israel begangen werden.

In der gekürzten Fassung von *UN Watch* sagte Albanese: „Anstatt Israel zu stoppen, hat der Großteil der Welt Israel bewaffnet, ihm politische Ausreden geliefert, politischen Schutz gewährt und wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung geleistet.“ Und dann springt das Video zu: „Wir sehen jetzt, dass wir als Menschheit einen gemeinsamen Feind haben.“ Die klare Schlussfolgerung aus dem bearbeiteten Video war, dass Albanese Israel als „den gemeinsamen Feind der Menschheit“ bezeichnet hatte.

Dieses manipulierte Video von *UN Watch* verbreitete sich wie ein Lauffeuer im offiziellen politischen System des Globalen Nordens. Der französische Außenminister Jean-Noël Barrot forderte Albaneses sofortigen Rücktritt wegen ihrer „empörenden und verwerflichen Äußerungen, die sich nicht gegen die israelische Regierung richten, deren Politik kritisiert werden kann, sondern gegen Israel als Volk und Nation, was absolut inakzeptabel ist“.

Der deutsche Außenminister Johann Wadephul schloss sich dieser Meinung an und erklärte: „Frau Albanese hat in der Vergangenheit bereits zahlreiche Fehlritte begangen. Ich verurteile ihre jüngsten Äußerungen zu Israel. Sie kann ihr Amt nicht weiter ausüben.“ Der italienische Außenminister Antonio Tajani sagte, dass ihr „Verhalten, ihre Äußerungen und Initiativen für die Position, die sie innehat, nicht angemessen sind“. Ähnliche Äußerungen kamen auch von den Außenministern Tschechiens und Österreichs.

Antonio Guterres, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, verteidigte Albanese nicht, selbst nachdem bekannt wurde, dass ihre angeblichen Äußerungen zu Israel manipuliert worden waren.

Während einer Pressekonferenz im UN-Hauptquartier in New York am 12. Februar wurde Stéphanie Dujarric, der offizielle Sprecher des Generalsekretärs, zu der Forderung des französischen Außenministers nach Albaneses Rücktritt befragt. Dujarric antwortete lakonisch: „Wir stimmen mit vielem, was sie sagt, nicht überein.“

Nach dieser ersten Welle von Denunziationen begann die internationale Zivilgesellschaft, sich zu widersetzen. Albanese, die von *PassBlue* zu einer der Persönlichkeiten des Jahres 2024 der Vereinten Nationen gewählt worden war, bezog sich auf die vollständige Abschrift ihrer Rede und stellte fest: „Ich habe niemals gesagt, dass Israel der gemeinsame Feind der Menschheit sei.“ Sie wies auf die anhaltende Kampagne von Angriffen gegen sie durch pro-israelische Organisationen hin, die auf die Veröffentlichung ihres umfassenden Berichts an die Vereinten Nationen über den Völkermord in Gaza und einen separaten Bericht folgte, in dem große Unternehmen (darunter *Microsoft* und *Amazon*) als potenzielle Komplizen bei der Unterstützung der Gräueltaten Israels genannt wurden.

Am 13. Februar veröffentlichte Agnes Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International, eine öffentliche Erklärung, in der sie die fünf europäischen Außenminister verurteilte, die aufgrund „eines absichtlich zusammengeschnittenen Videos, das ihre Aussagen falsch darstellt und grob verdreht“ Albaneses Rücktritt gefordert hatten. Callamard stellte dann die Schärfe der Angriffe dieser Minister auf Albanese ihrem zurückhaltenden Umgang mit dem israelischen Völkermord in Gaza gegenüber:

„Wären diese Minister doch nur ebenso lautstark und energisch gegen einen Staat vorgegangen, der Völkermord, unrechtmäßige Besatzung und Apartheid begeht, wie sie es bei ihren Angriffen auf eine UN-Expertin getan haben. Ihre Feigheit und ihre Weigerung, Israel zur Rechenschaft zu ziehen, stehen in krassem Gegensatz zu dem unerschütterlichen Engagement der Sonderberichterstatterin, den Mächtigen die Wahrheit zu sagen.“

Starke Unterstützungsbekundungen für Albanese kamen auch von *Artists for Palestine* (zu deren über 100 Unterzeichnern die Schauspieler Mark Ruffalo und Javier Bardem, der Filmemacher Spike Lee, die britische Popsängerin Annie Lennox, die Literaturnobelpreisträgerin Annie Ernaux und die Philosophin Judith Butler gehörten), sowie in Form eines offenen Briefes 1, der von 150 ehemaligen europäischen Botschaftern und Diplomaten sowie ehemaligen Mitarbeitern der Vereinten Nationen unterzeichnet wurde.

Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte verteidigte Albanese ebenfalls und erklärte, es sei sehr besorgt über die Zunahme persönlicher Angriffe, Drohungen und Falschinformationen gegenüber UN-Vertreter und unabhängigen Menschenrechtsexperten 2.

Sonderberichterstatter:innen der Vereinten Nationen sind ehrenamtliche Menschenrechtsexperten, die vom Menschenrechtsrat für eine Amtszeit von sechs Jahren ernannt werden, um öffentlich über Menschenrechtsverletzungen und -entwicklungen weltweit zu berichten. Der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan bezeichnete dieses System von Menschenrechtsexperten, das als Sondermissionen bekannt ist, als das „Kronjuwel“ des UN-Menschenrechtssystems.

Die Position des Sonderberichterstatters für Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten ist wohl die schwierigste unter den rund 60 Mandaten der UN-Menschenrechtsexperten, da die Berichterstatter in letzter Zeit heftigen Angriffen seitens Israels, der USA und einer Reihe pro-israelischer Organisationen wie *UN Watch* und *NGO Monitor* ausgesetzt waren.

Insbesondere *UN Watch* fungiert als Sprachrohr für Israels Rechtfertigung seiner illegalen Besatzung und seines Völkermords in Gaza. Obwohl sich *UN Watch* als nichtstaatliche Menschenrechtsorganisation mit offiziellem Status bei den Vereinten Nationen präsentiert, besteht seine Hauptaufgabe darin, Israel aus einer neokonservativen und Likudnik-Perspektive heraus mit stets hetzerischen Worten vehement zu verteidigen. Es hat sich konsequent geweigert, seine Geldgeber offenzulegen, obwohl unabhängige Berichte das *American Jewish Committee* und die *Newton and Rochelle Becker Foundation* als wichtige Geldgeber genannt haben.

Die zahlreichen Ziele von *UN Watch* – darunter das der jetzigen UN-Sonderberichterstatterin für Palästina, die Unabhängige Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu Palästina und Israel, *Amnesty International*, *Human Rights Watch*, *UNRWA* und Länder, die Israel kritisch gegenüberstehen – werden häufig als antisemitisch, oder etwas freundlicher ausgedrückt, als extrem voreingenommen gegenüber Israel bezeichnet.

Albanese wurde auch von Israel heftig angegriffen. Im Jahr 2024 erklärte Israel sie zur *persona non grata* und verbot ihr den Besuch der besetzten palästinensischen Gebiete, unter anderem aufgrund ihrer UN-Berichte, in denen sie zu dem Schluss kam, dass Israel in Gaza Völkermord begeht. Im Jahr 2025 veröffentlichte Israel einen Bericht – der weitgehend auf Informationen von *UN Watch* basierte –, in dem behauptet wurde, sie stehe in Verbindung mit Terrorismus (weil sie bei Veranstaltungen der palästinensischen Menschenrechtsorganisation *Al-Haq* gesprochen hatte) und weil sie angeblich „antisemitische Rhetorik“ verbreitet habe. Und letzte Woche veröffentlichte Israel einen außergewöhnlichen Tweet auf X, in dem behauptet wurde, sie sei eine „Sprecherin der Hamas“. Diese jüngste Verleumdung wurde veröffentlicht, obwohl Albanese die Angriffe der Hamas vom 7. Oktober 2023 mehrfach als schwere Verstöße gegen das Völkerrecht verurteilt hat, da israelische Zivilisten getötet oder als Geiseln genommen wurden.

Für Albaneses Mut, zuvor den Völkermord Israels beim Namen zu nennen und amerikanische Unternehmen zu warnen, dass ihre Waffen- und Hightech-Verkäufe an Israel sie vor dem Internationalen Strafgerichtshof strafrechtlich haftbar machen könnten, verhängte der amerikanische

Außenminister Marco Rubio im Juli 2025 offiziell Sanktionen gegen sie. Er erklärte: „Wir werden diese Kampagnen der politischen und wirtschaftlichen Kriegsführung, die unsere nationalen Interessen und unsere Souveränität bedrohen, nicht tolerieren.“

Die amerikanischen Sanktionen gegen einen UN-Menschenrechtsexperten sind beispiellos. Sie schließen Albanese im Wesentlichen aus dem internationalen Bankensystem aus. Die Sanktionen haben auch die Eigentumswohnung, die sie und ihr Mann in Washington besitzen, beschlagnahmt, sie daran gehindert, ihre medizinischen Ausgaben von amerikanischen Versicherungsgesellschaften erstattet zu bekommen, und ihr verboten, zum Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York zu reisen, um ihre Jahresberichte vorzulegen. Viele ihrer Kollegen unter den UN-Menschenrechtsexperten haben die Sanktionen öffentlich verurteilt und darauf hingewiesen, dass sie gegen internationales Recht verstoßen, darunter auch gegen das Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen von 1946. Die Menschenrechtsexperten fügten hinzu, dass:

„Die gezielten Angriffe auf die Sonderberichterstatterin können nicht losgelöst von den schweren internationalen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser sowie den langjährigen Bemühungen gesehen werden, diejenigen zu delegitimieren, die sich für deren Rechte einsetzen.“

Michael Lynk ist ehemaliger Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten (2016–2022). Er ist emeritierter Professor für Rechtswissenschaften an der Western University in London, Ontario.

1. <https://euobserver.com/203567/former-diplomats-accuse-french-foreign-minister-of-disinformation-over-un-envoy-albanese/>
2. <https://www.reuters.com/world/middle-east/un-voices-concern-over-criticism-expert-palestinian-rights-2026-02-13/>

(Im Originalartikel gibt es weitere Links)

Quelle: <https://mondoweiss.net/2026/02/francesca-albanese-is-a-powerful-voice-for-justice-which-is-why-the-israel-lobby-is-trying-to-silence-her/>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Ein UN-Gremium stellt fest, dass die Forderungen nach dem Rücktritt von Albanese „auf Desinformation beruhen“

Unabhängige Expert:innen verteidigen die UN-Sonderberichterstatterin nach einer Kampagne Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Österreichs und der Tschechischen Republik wegen Äußerungen zu Israel und Palästina

Sondos Asem, middleeasteye.net, 18.02.26

Ein Gremium aus sechs Expert:innen der Vereinten Nationen hat am Dienstag [17.02.26] die europäischen Staaten für ihre Forderungen nach dem Rücktritt der Sonderberichterstatterin für Palästina, Francesca Albanese, zurechtgewiesen und die Kampagne als „auf Desinformation beruhend“ verurteilt.

„Anstatt Frau Albanese wegen der Ausübung ihres Mandats unter sehr schwierigen Umständen – darunter anhaltende Einschüchterungen, koordinierte persönliche Angriffe und rechtswidrige einseitige Sanktionen – zum Rücktritt aufzufordern, sollten diese Regierungsvertreter ihre Kräfte bündeln, um die Führer und Amtsträger, denen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Gaza vorgeworfen werden, zur Rechenschaft zu ziehen, auch vor dem Internationalen Strafgerichtshof“, erklärte der Ausschuss.

„Wir verurteilen das Vorgehen von Ministern bestimmter Staaten, sich auf fabrizierte Sachverhalte zu stützen und Frau Albanese für Äußerungen zu kritisieren, die sie beim 17. *Al-Jazeera Forum* nie gemacht hat“, erklärte der Koordinierungsausschuss für Sonderverfahren des Menschenrechtsrats.

Die Außenminister Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Österreichs und der Tschechischen Republik hatten auf Grundlage einer abgeänderten Fassung einer Rede, die Albanese Anfang dieses Monats auf dem *Al-Jazeera Forum* gehalten hat, ihren Rücktritt gefordert. Das Video, das von der pro-israelischen Gruppe *UN Watch* verbreitet wurde, behauptete fälschlicherweise, Albanese habe Israel als „gemeinsamen Feind der Menschheit“ bezeichnet.

Die UN-Sonderberichterstatterin verwendete den Ausdruck „gemeinsamer Feind“ zweimal in Reden in Doha im Februar und Dezember, um die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kräfte zu kritisieren, die Israels völkermörderischen Krieg gegen Gaza ermöglicht und aufrechterhalten haben.

„Wir sehen jetzt, dass wir als Menschheit einen gemeinsamen Feind haben und, dass die Achtung der Grundfreiheiten der letzte friedliche Weg, das letzte friedliche Instrument ist, das uns zur Verfügung steht, um unsere Freiheit zurückzugewinnen“, sagte Albanese in einer Rede, die sie am 7. Februar per Videokonferenz auf dem *Al Jazeera Forum* hielt ¹.

Das Expertengremium, das die Arbeit der UN-Sonderberichterstatterin unterstützt und Beschwerden über sie prüft, erklärte, dass die Staaten, anstatt Albanese ins Visier zu nehmen – deren Aufgabe es ist, über Menschenrechtsverletzungen Israels zu berichten –, ihre Energie darauf verwenden sollten, Israel nach internationalem Recht zur Rechenschaft zu ziehen.

„Anstatt Frau Albanese wegen der Ausübung ihres Mandats unter sehr schwierigen Umständen – darunter anhaltende Einschüchterungen, koordinierte persönliche Angriffe und rechtswidrige einseitige Sanktionen – zum Rücktritt aufzufordern, sollten diese Regierungsvertreter ihre Kräfte bündeln, um die Führer und Amtsträger, denen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Gaza vorgeworfen werden, zur Rechenschaft zu ziehen, auch vor dem Internationalen Strafgerichtshof“, erklärte der Ausschuss.

Er fügte hinzu, dass die Staaten ihre eigene Unterstützung für mutmaßlich rechtswidrige Handlungen der israelischen Regierung genau prüfen sollten. „Die Staaten müssen in den Spiegel schauen und dringend Kurskorrekturen vornehmen. Die Staaten müssen sich dafür entscheiden, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen.“

Letzte Woche reichte eine französische Gruppe internationaler Anwälte bei der Staatsanwaltschaft in Paris einen Bericht ein, in dem sie Außenminister Jean-Noel Barrot beschuldigten, in seiner Forderung nach ihrem Rücktritt falsche Informationen über Albanese verbreitet zu haben.

Albanese wurde im Juli 2025 von den USA im Zusammenhang mit ihrer Arbeit zur Untersuchung des Völkermords in Gaza sanktioniert. Die Sanktionen hinderten sie wirksam daran, in die USA zu reisen, und froren ihre dortigen Vermögenswerte ein. Sie erklärte gegenüber *MEE*, dass die Sanktionen sie auch vom globalen Finanzsystem abgeschnitten hätten, unter anderem indem sie ihr die Möglichkeit genommen hätten, normale tägliche Transaktionen durchzuführen.

Im Rahmen ihres Mandats hat sie seit Oktober 2023 drei Berichte veröffentlicht, in denen sie Israels Krieg gegen Gaza als Völkermord bezeichnet und die globalen wirtschaftlichen und politischen Systeme verurteilte, die Israels Krieg unterstützt haben.

In einem Interview ² mit dem Podcast *Expert Witness* von *Middle East Eye* im November, in dem Albanese die Ergebnisse ihres jüngsten Berichts *Gaza Genocide: A Collective Crime* ³ (Völkermord in Gaza: Ein kollektives Verbrechen) erörterte, warf sie 63 Staaten vor, Verstöße Israels gegen das Völkerrecht zu ermöglichen.

Sie sagte, dass trotz überwältigender Beweise für Völkermord und massenhafte Gräueltaten in Gaza und in der besetzten Westbank, die mächtigsten Staaten Europas, darunter Italien, Deutschland und Frankreich, Israel weiterhin diplomatisch, militärisch und politisch decken.

Sondos Asem ist Journalistin und Nachrichtenredakteurin bei Middle East Eye in London. Sie ist Spezialistin für internationales Recht, Menschenrechte und öffentliche Politik im Nahen Osten und Nordafrika. Sie hat einen Master of Science in internationalem Menschenrechtsrecht (2024) und einen Master of Public Policy (2015) von der Universität Oxford. Sie verfügt über mehr als 20 Jahre Erfahrung in den Bereichen Journalismus, Verlagswesen, Menschenrechte und Übersetzung.

1. <https://x.com/FranceskaAlbs/status/2020983308818186721>
2. <https://www.youtube.com/watch?v=oRGAm2ufla4>
3. <https://www.middleeasteye.net/video/francesca-albanese-why-63-nations-complicit-gaza-genocide>

(Im Artikel hat es noch weitere Links)

Quelle:

<https://www.middleeasteye.net/news/un-panel-european-calls-resignation-albanese-rooted-disinformation>

Siehe auch den Artikel:

French foreign minister faces criminal complaint over misquoting Francesca Albanese

<https://www.middleeasteye.net/news/french-lawyers-seek-criminal-prosecution-foreign-minister-over-francesca-albanese-remarks>